



Ausschuss für Europa und Internationales

37. Sitzung (öffentlich)

30. Oktober 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:10 Uhr bis 14:30 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen 2021 (Haushaltsgesetz 2021) 5**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100
- Vorlagen 17/3998 und 17/3970
- Einzelplan 02 – Staatskanzlei (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)
- Einführung durch den Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales
 - Wortbeiträge

2 Notstand der Bauern – Bundesweite Bauernproteste gegen die Agrarpläne der Bundesregierung (Anhörung vom 23. September 2020) **12**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7746

Ausschussprotokoll 17/1126

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 17/7746 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

3 Landesregierung muss endlich tätig werden – grenzüberschreitende Maßnahmen zwischen NRW und den Niederlanden zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von den vielen Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern müssen auf den Weg gebracht werden! **13**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9814

Stellungnahme 17/3102
Stellungnahme 17/3103
Stellungnahme 17/3104
Stellungnahme 17/3110

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/9814 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

4 Gesetz zur Anpassung bestehenden Landesrechts an die COVID-19-Pandemie und sonstige pandemiebedingte Sondersituationen **16**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/11165

– Wortbeiträge

Der Ausschuss gibt den Gesetzentwurf Drucksache 17/11165
ohne Votum an den Hauptausschuss weiter.

5 Neuaufstellung der Außenwirtschaftsförderung NRW (*Bericht beantragt
von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*) **22**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3908
Vorlage 17/4043

– Wortbeiträge

6 Verschiedenes **25**

– keine Wortbeiträge

* * *

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100
Vorlagen 17/3998 und 17/3970

Einzelplan 02 – Staatskanzlei (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

Einführung durch den Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales

Vorsitzender Dietmar Brockes hält fest, es sei vereinbart worden, heute die Einführung zum Einzelplan 02 vorzunehmen. Des Weiteren sei in der Obleuterunde vereinbart worden, dass Fragen zum Bericht bzw. zum Haushalt bis kommenden Mittwoch, den 4. November, mittags, schriftlich eingereicht werden sollten. Seitens des Ministeriums sollten die Antworten bis zum 9. November, ebenfalls mittags, erfolgen, sodass die abschließende Beratung in der Sitzung am 10. November um 15:30 Uhr vorgenommen werden könne. Auch wenn der Fahrplan eng sei, könne der Ausschuss, wenn sich alle an das Verfahren halten würden, ein geordnetes Verfahren sicherstellen.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBE) trägt vor:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine lieben Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Ich freue mich, Ihnen heute sowohl die Ansätze des Haushaltsentwurfs 2021 für die Bereiche Europa und Internationale Angelegenheiten als auch die Ansätze unserer Landesvertretung in Brüssel und Berlin sowie den Haushalt für die Ruhrkonferenz vorstellen zu können. Dabei werde ich mich jeweils nur auf die jeweils wichtigsten Punkte unserer Planungen beziehen. Der Gesamtansatz 2021 ist Ihnen bekannt. Die Zahlen liegen Ihnen detailliert vor. Ich möchte mich im Folgenden vor allem auf die inhaltlichen Schwerpunkte konzentrieren.

1. Europa

Von den gesamten Mitteln entfallen auf den Bereich Europa 3,6 Millionen Euro. Das entspricht einem Mehr gegenüber dem Vorjahr von ca. 1,1 Millionen Euro. Als größte Region im Zentrum Europas sieht die Landesregierung es auch und gerade in besonderen Zeiten als ihre Aufgabe, weiterhin ihren Beitrag zur Stärkung der Europäischen Union, des europäischen Gedankens und die Akzeptanz der Europäischen Union zu leisten.

Die Erhöhung des Gesamtansatzes der Europa-Mittel ergibt sich in erster Linie aus zusätzlichen Haushaltsmitteln für die Europaaktivitäten des Landes und die Pflege der europäischen Beziehungen sowie für Zuschüsse zur Förderung von grenzüberschreitenden Maßnahmen, insbesondere zur Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn, zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Partnerregionen des Landes und im Regionalen Weimarer Dreieck.

Wie bereits im Frühjahr erleben wir in diesen Tagen und Wochen der Covid-19-Pandemie erneut, wie wichtig grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist, wie wichtig unsere Anstrengungen in den letzten Jahren waren. Das Krisenmanagement zwischen Nordrhein-Westfalen, den Niederlanden und Belgien zur Synchronisierung der Aktivitäten und Maßnahmen gegen das Virus hat sich in Gestalt der frühzeitig eingesetzten „Cross-Border Task Force“ bewährt. Ein Aspekt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit war für uns von Beginn an auch die gelebte Solidarität. Am vergangenen Freitag und zu Beginn dieser Woche haben wir erneut niederländische Covid-19-Patienten in der Uni-Klinik Münster und einen belgischen Patienten in Aachen aufgenommen. Für die kommenden Wochen rechne ich mit weiteren Anfragen unserer Nachbarn.

Exemplarisch für die Europaaktivitäten möchte ich die Durchführung des Regionalgipfels der deutschen Ministerpräsidenten mit den französischen Regionalratspräsidenten, die Auftaktveranstaltung zur Europawoche, die Initiative „Europa erleben und lernen“ und das europapolitische Bildungsprojekt „EU-Jugendbotschafter/innen an Haupt- und Realschulen“ sowie die Veranstaltungen zum Frankreich-Polen-Jahr 2021/2022 nennen.

Mit Blick auf den im Jahr 2021 beginnenden Vorsitz Nordrhein-Westfalens in der Ministerpräsidentenkonferenz und die engen Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu Frankreich wird die Landesregierung, sofern es das Infektionsgeschehen zulässt, einen Regionalgipfel anregen, an dem alle deutschen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und die Regionalratspräsidenten Frankreichs teilnehmen sollen.

Die Europawoche bietet alljährlich einen ganz besonderen Anlass, den europäischen Gedanken lebendig in der Gesellschaft zu verankern. Wie in anderen Ländern auch wird die Europawoche mit einer sichtbaren Auftaktveranstaltung eröffnet. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung steht der Europagedanke und der europapolitische Dialog unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure. Es sollen durch die Veranstaltungen auch gezielt Personen angesprochen werden, die bislang wenig Berührungspunkte zu Europa haben.

Die erfolgreiche Initiative „Europa erleben und lernen“, die jungen Auszubildenden Europa näher bringt, die ich hier im Ausschuss vorgestellt habe, werden wir fortsetzen. Wir ergänzen die bestehenden Programme mit dem neuen europapolitischen Bildungsprojekt „EU-Jugendbotschafter/innen an Haupt- und Realschulen“. Mit diesem zielgruppenspezifischen Programm holen wir Jugendliche in ihrer Lebenswirklichkeit ab und setzen zugleich die EMK-Empfehlung zur nachhaltigen Europabildung um.

Den Partnerregionen Hauts-de-France und Schlesien kommt anlässlich der seit 20 Jahren bestehenden Partnerschaft im Regionalen Weimarer Dreieck eine besondere Bedeutung zu. Das Jubiläum der trilateralen Partnerschaft wird durch einen Festakt mit den politischen Spitzen der Partnerregionen begangen. Neben den Regionalpartnerschaften ist Nordrhein-Westfalen auch mit Frankreich und Polen auf europäischer Ebene besonders eng verbunden. Diese besondere Verbundenheit

wird durch breiten- und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen im Rahmen unseres Frankreich-Polen-NRW-Jahres gewürdigt.

Erwähnen möchte ich auch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Schüleraustausch (sogenannte Begegnungsmaßnahmen) mit dem Vereinigten Königreich und Veranstaltungen anlässlich des 75-jährigen Jubiläums der Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich.

Wir sind mit dem Vereinigten Königreich so eng verbunden wie kein anderes deutsches Bundesland. 2021 ist nicht nur das erste Jahr nach Ablauf der Übergangsfrist, sondern zugleich auch das Jubiläumsjahr unserer 75-jährigen Beziehungen. Wir werden das politische Versprechen des Ministerpräsidenten einlösen, die Beziehungen zum Vereinigten Königreich nach dem Brexit aufrechtzuerhalten und zu vertiefen.

2. Internationale Angelegenheiten

Auf den Bereich Internationale Angelegenheiten entfallen von den vorgenannten Gesamtmitteln rund 10,7 Millionen Euro. Das entspricht einem Mehr gegenüber dem Vorjahr von rund 2,5 Millionen Euro. Auch über Europa hinaus ist der enge freundschaftliche Kontakt und die Pflege der Beziehungen zu unseren internationalen Partnern ein wichtiges Anliegen der Landesregierung.

Die Aktivitäten des im Frühjahr dieses Jahres eröffneten Büros für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel und damit die Stärkung der Präsenz unseres Landes vor Ort stellen einen wichtigen Schwerpunkt der internationalen Aktivitäten im Jahr 2021 dar. Bedauerlicherweise wurden die diesjährigen Aktivitäten des Büros durch die dramatische Covid-19-Situation in Israel stark eingeschränkt.

Trotz der angespannten Lage hat das Landesbüro aber damit beginnen können, die bereits bestehenden Kontakte zwischen dem Mittelstand und den Kommunen Nordrhein-Westfalens und israelischen Akteuren zu intensivieren und neue Kooperationen in anderen Bereichen wie dem Gesundheitswesen herzustellen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir im nächsten Jahr zahlreiche erfolgreiche Projekte in Israel beginnen werden.

Des Weiteren werden wir den für die Landesregierung bedeutsamen israelisch-jordanisch-palästinensischen Masterstudiengang „European Studies“, der von der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf gemeinsam mit Partneruniversitäten im Nahen Osten durchgeführt wird, im Jahre 2021 mit Landesmitteln anteilig finanzieren. Der Studiengang, mit dem es gelang, trotz aller Probleme des Nahostkonflikts Studierende aus Israel, Jordanien und den palästinensischen Gebieten in Düsseldorf zusammenzubringen, ist ein Vorzeigeprojekt, das seine Strahlkraft weit über die Heinrich-Heine-Universität hinaus entfaltet. Er stellt einen Beitrag des Landes zum Friedensprozess im Nahen Osten dar. Die Landesregierung will mit ihrer anteiligen Finanzierung ein deutliches Signal hinsichtlich der Bedeutung des Studienganges aussenden.

Ausdrücklich erwähnen möchte ich auch die langjährige gute Partnerschaft Nordrhein-Westfalens mit Ghana. Derzeit wird das dritte Partnerschaftsabkommen

zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana vorbereitet, das 2021 unterzeichnet werden und unsere Zusammenarbeit weiter vertiefen soll. Die Haushaltsmittel setzen wir vor allem ein, um die ghanaische Regierung in ihrem Ziel „Ghana beyond aid“ zu unterstützen. Wir fördern Start-ups sowie kleine Unternehmen, ihre Geschäftsmodelle konzeptionell weiterzuentwickeln und zu vermarkten. Außerdem unterstützen wir den Austausch auf Verwaltungs- und kommunaler Ebene, die internationale Zusammenarbeit von Hochschulen und Projekte der Zivilgesellschaft.

Ausweiten möchten wir auch unser Engagement auf dem Balkan im Bereich Albanien, Bosnien, Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien. Diese Länder sind nach meiner festen Überzeugung geopolitisch und historisch Europas Innenhof. Sie liegen in unmittelbarer Nachbarschaft zur Europäischen Union, sie gehören zweifelsohne zur europäischen Familie. Nordrhein-Westfalen bejaht deshalb ausdrücklich den Beitrittswunsch dieser Staaten. Es ist uns ein Anliegen, die Konsolidierung der EU durch den Aufnahmeprozess der Westbalkanstaaten aktiv zu fördern. Dabei geht es uns vor allem darum, die Kontakte zwischen Nordrhein-Westfalen und den Balkan-Ländern zu intensivieren – auf Landesebene, aber auch auf kommunaler Ebene und vor allen Dingen auf der zivilgesellschaftlichen Ebene.

Darüber hinaus wollen wir auch 2021 zur Unterstützung der Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gruppen und Vereinen in Nordrhein-Westfalen Mittel über die bekannten und erfolgreichen Förderprogramme des Landes zur Verfügung stellen.

Die in der zweiten Jahreshälfte 2020 gegründete Nordrhein-Westfälische Akademie für Internationale Politik, die einen wichtigen Beitrag des Landes zur Stärkung des internationalen Wissenschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen darstellt, tritt im Jahre 2021 in die Umsetzungsphase ein. Mit der Besetzung der Leitungsfunktionen, der Anmietung einer temporären Liegenschaft und dem Beginn der Bedarfsplanungen für die permanente Unterbringung der Akademie können die Arbeiten am Standort Bonn, wie vorgesehen, aufgenommen werden. Mit der Akademie wird die Rolle Nordrhein-Westfalens als internationaler Akteur und Impulsgeber für internationale Fragen weiter gestärkt. Die Akademie wird ein Ort der Begegnung, des Austauschs und der Impulse zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur sein.

Vorbehaltlich der Entscheidung des Parlaments über den Haushaltsentwurf beabsichtigt die Landesregierung für den Fall, dass Bonn den Zuschlag für eine mögliche Ansiedlung des Europäischen Zentrums für Mittelfristige Wettervorhersage am internationalen Standort erhalten wird, die Umzugskosten für die Beschäftigten der Organisation zu übernehmen.

Wir sind der Bundesregierung dankbar, dass sie mit ihrer Entscheidung, sich an der Bewerbung um das Zentrum mit dem Standort Bonn zu beteiligen, im Interesse unseres Landes gehandelt hat. Mit Blick auf die Stärkung der Bundesstadt Bonn sowie der Region besteht ein großes Landesinteresse an der Ansiedlung des Europäischen Zentrums für Wettervorhersage. Die Bewerbung wird demzufolge mit großem Engagement von der Stadt Bonn und dem Land flankiert. Natürlich sind Bewerbungen dieser Art immer mit Unwägbarkeiten verbunden, da es auch starke Konkurrenten gibt.

3. Landesvertretung

Die Landesvertretungen in Berlin und Brüssel bringen die Interessen Nordrhein-Westfalens in die politischen Entscheidungsprozesse in Brüssel und in Berlin ein. Unsere Vertretung beim Bund bauen wir immer weiter als zentrale Impulsgeberin in der Bundeshauptstadt Berlin aus. Die Landesvertretung versteht sich dabei als „die Botschaft des Westens“ und bietet den Raum für Austausch, Dialog, Ideenfindung und Initiierung politischer Projekte. Wir verfolgen hier den Anspruch, in Zusammenarbeit mit anderen Ländern, dem Bund sowie den europäischen Nachbarn auf Grundlage tief verwurzelter westlicher Werte auch die Weiterentwicklung kultureller, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Fragestellungen führend voranzubringen.

In der Botschaft des Westens wird die gesamte Vielfalt Nordrhein-Westfalens präsentiert: die Stärken des Landes in Wissenschaft, Wirtschaft, in Gesellschaft und Kultur ebenso wie die verschiedenen Regionen des Landes.

Über den Bundesrat gestaltet NRW gemäß Artikel 50 Grundgesetz die Gesetzgebung des Bundes mit. Hier wird die Entscheidungsfindung vorbereitet, etwa im intensiven Austausch mit dem Deutschen Bundestag, der Bundesregierung und den anderen 15 Bundesländern – all das im Interesse unseres Landes, das mit Nachdruck auch im Bund vertreten ist.

Bei Veranstaltungen kommen üblicherweise Bürgerinnen und Bürger, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Sport und Kultur aus Nordrhein-Westfalen zusammen mit nationalen und internationalen Entscheidern und Meinungsmachern, um Netzwerke mit politischen Akteuren, Verbänden, Unternehmen, diplomatischen Vertreterinnen und Vertretern und den Medien zu pflegen. Ich sage „üblicherweise“, weil es leider in Corona-Zeiten alles etwas anders ist.

Ende Februar haben wir noch unseren NRW-Empfang zur Berlinale geben können. Ab Mitte März haben wir dann nach und nach Veranstaltungen verschoben, oder unsere Kooperationspartner haben abgesagt, wie etwa die RWTH Aachen, die eine große Jubiläumsfeier mit der Bundeskanzlerin und dem Ministerpräsidenten zum 125-jährigen Bestehen der Hochschule geplant hatte – oder unser großes NRW-Fest im Sommer, das traditionell viel Platz bietet für den politischen und gesellschaftlichen Austausch auf dem Berliner Parkett.

Zahlreiche Formate wurden mittlerweile hybrid (also on- und offline) oder komplett virtuell umgesetzt. Als Beispiel möchte ich die von uns im Sommer geplante Westbalkan-Konferenz „The Europe we want. The Europe we need 2020“ nennen, die wir trotzdem durchgeführt haben. Ich bin froh, dass wir sie durchgeführt haben. Sie war auch im Netz rein virtuell ein großer Erfolg.

Andere Formate sind in Corona-Zeiten erst ganz neu entstanden. So haben wir in der Landesvertretung die Videokonferenz-Reihe „Digital.Talk NRW“ etabliert. Denn Nordrhein-Westfalen ist als politisches und wirtschaftliches Kraftzentrum Deutschlands immer auch Impulsgeber für Fortschritt und Aufbruch.

Im Jahre 2021 werden wir den Vorsitz des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Ministerpräsidentenkonferenz in unseren Veranstaltungen abbilden. Ein auf das Pandemie-Geschehen angepasstes Konzept wird erarbeitet für traditionelle Veranstaltungen wie beispielsweise den NRW-Empfang zur Berlinale. In Planung ist der Ausbau rein digitaler Veranstaltungsformate, der Austausch von hybriden Veranstaltungen, an denen Referenten via Zuschaltung mitwirken oder Gäste über Livestream teilnehmen können. So versuchen wir, den Anforderungen der Pandemie gerecht zu werden und auch gleichzeitig unserem Anspruch, dass die NRW-Landesvertretung in Berlin Impulsgeberin ist und bleiben wird.

Unsere Landesvertretung in Brüssel wird auch im kommenden Jahr die nordrhein-westfälischen Interessen in den europäischen Entscheidungsprozess einbringen. In der letzten Woche erst hat die Europäische Kommission ihr Arbeitsprogramm für 2021 vorgelegt. Dies wird nun von der Landesregierung ausgewertet. Sie werden dann von mir über die europäischen Prioritäten der Landesregierung informiert. Bei der Umsetzung der Prioritäten kommt der Landesvertretung in Brüssel als Schaltstelle vor Ort selbstredend eine zentrale Funktion zu.

Erst in der vorherigen Sitzung dieses Ausschusses wurde mehrheitlich der Antrag zur Stärkung der Rolle der Regionen angenommen. Es wird insbesondere ein starkes Engagement der Landesregierung im Europäischen Ausschuss der Regionen und hinsichtlich der Konferenz zur Zukunft Europas erwartet. Auch hier kommt der Landesvertretung in Brüssel eine wichtige Aufgabe zu. Die mit dem Vorsitz der deutschen Delegation im Europäischen Ausschuss der Regionen durch Staatssekretär Dr. Speich verbundenen Koordinierungs- und Sekretariatsaufgaben werden auch im nächsten Jahr von der Landesvertretung aus wahrgenommen.

Dem steht eine lediglich geringe Steigerung des Budgets von 134.200 Euro der Landesvertretung Brüssel gegenüber. Diese ergibt sich insbesondere aus Anpassungen im Personalhaushalt und bei Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb, was aber Folge der nach belgischem Recht vorgeschriebenen Indexierung ist. Ein Mehrbetrag von 50.000 Euro ergibt sich auch durch eine Aufstockung des Titels für den Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen. Gerade vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie muss in die Ausstattung zu mobilen Arbeiten sowie in Videokonferenztechnik investiert werden. Daneben müssen wir stets die Räumlichkeiten funktionsfähig halten.

4. Ruhrkonferenz

Wie Sie wissen, bin ich auch weiterhin federführend für die Ruhrkonferenz zuständig. Wir haben im August der Bundeskanzlerin auf Zeche Zollverein den Fortschrittsbericht vorgestellt, der auch dem Landtag übermittelt wurde, und zu den Handlungsfeldern jeweils beispielhafte Projekte erläutert. Bei dieser Veranstaltung ist erneut deutlich geworden, dass wir in den zwei Jahren, seitdem die Ruhrkonferenz gestartet wurde, schon viel erreicht haben. Wir haben die Akteure in der Region vernetzt und damit die Grundlage dafür gelegt, dass ein Mehrwert durch Zusammenarbeit entsteht. Und wir haben es geschafft, von der Defizitbetrachtung wegzukommen – die Metropole Ruhr wird immer stärker als Chancenregion wahrgenommen.

Die Arbeit geht auch in den nächsten Jahren weiter. Die Verantwortung für die 73 Projekte haben die jeweils federführenden Ressorts. Das gilt auch für die Finanzierung. Bei der Planung für 2021 wurde auch sichergestellt, dass die für 2020 zusätzlich eingeplanten 60 Millionen Euro in die Projekte der Ruhrkonferenz fließen, selbst wenn im Haushaltsjahr 2020 nicht sämtliche Mittel abgerufen werden sollten. Denn etwaige bis zum Jahresende nicht verausgabte Mittel werden in das Haushaltsjahr 2021 übertragen.

Mit der Übertragung der Mittel trägt die Landesregierung dem Umstand Rechnung, dass die Planung und Umsetzung der langfristig angelegten Projekte auch im Rahmen der Corona-Pandemie nur mit zeitlicher Verzögerung voranschreiten konnten. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Dietmar Brockes bedankt sich für den Bericht und fragt, ob es Verständnisfragen gebe. Inhaltliche Fragen sollten schriftlich eingereicht werden.

Dr. Günther Bergmann (CDU) hat eine Frage mit Blick auf den laufenden Haushalt. Projekte hätten aufgrund der Corona-Situation nicht umgesetzt werden können. Er frage, ob geplant seien, dass sie Gültigkeit erhielten und im nächsten Jahr bewirtschaftet werden dürften. Diese Posten seien im letzten Haushalt vom Landtag beschlossen worden.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBE) erwidert, das gelte nur für die von ihm erwähnten 60 Millionen Euro, für andere Haushaltsmittel nicht.

Vorsitzender Dietmar Brockes meint, die Haushälter könnten sicherlich erklären, warum das rein technisch oder formal nicht gehe. – Er verweise auf das vereinbarte Verfahren. Die bis zum 4.11., mittags, eingereichten Fragen sollten bis zum 9. November, mittags, beantwortet werden, sodass in der Sitzung am 10. November um 15:30 Uhr die Beratungen fortgeführt werden könnten. Dann werde es die Aussprache über den Haushalt geben, und der Ausschuss könne über die Änderungsanträge, falls vorhanden, abstimmen.

